

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Erdöl Macht König? Saudi-Arabien heute

Zwang zur Modernisierung?
Verhältnis zu den Nachbarn
Saudische Entwicklungspolitik
Der Westen und Saudi-Arabien

WeltBlick

Machtwechsel in Simbabwe
Die Jerusalem-Entscheidung

Forum

Rechtsruck in Österreich

Kommentar

Entwicklung gefordert!



ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-77-4



4 191574 104808 0 1

4

WeltBlick

- 4 Trumps Jerusalem-Entscheidung
Roland Benedikter
- 7 Myanmar und der Rohingya-Konflikt
Bibhu Prasad Routray
- 12 Zum Machtwechsel in Simbabwe
Beiträge von Barbara Groeblichhoff und Henning Melber



20

Brief aus ...

Nairobi

22

Thema: Erdöl Macht König?

- 24 Zwang der Modernisierung
Sebastian Sons
- 30 Zivilgesellschaft in Saudi-Arabien?
Nora Derbal
- 35 Saudi-Arabien und seine Nachbarn
Anna Sunik
- 41 Saudische Entwicklungspolitik
Inken Wiese
- 48 Wie Europa mit Saudi-Arabien umgehen sollte
Christian Koch





Forum: Österreich nach den Wahlen

56

Ein weiteres EU-Land rückt nach rechts
Fritz Edlinger 56

Beginn einer neuen Ära?
Dieter Segert 59

Impressum

63



Bücherschau

64

Für eine zeitgemäße Entwicklungszusammenarbeit!

69

Ein Kommentar von Jan H. Fahlbusch

Wort und Strich

72

Für eine zeitgemäße Entwicklungszusammenarbeit!

Jan H. Fahlbusch

Die Entwicklungspolitik steht vor ihrer vielleicht größten Bewährungsprobe. Die jüngsten Flucht- und Migrationsbewegungen haben vor Augen geführt, dass immer mehr Menschen vor allem im Nahen Osten und in Afrika Lebensperspektiven fehlen. Zudem steigt der Problemdruck durch ungelöste Konflikte, Krisen und den fortschreitenden Klimawandel. Gleichzeitig stellt auch die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, die den politischen Orientierungsrahmen für die nächste Bundesregierung insgesamt bilden sollte, neue Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Notwendige Weichenstellung

Eine neue Bundesregierung muss die Weichen stellen, damit den entwicklungspolitischen Herausforderungen zielgerichtet Rechnung getragen werden kann, ohne dabei die Entwicklungszusammenarbeit für andere Politikfelder zu instrumentalisieren. In der letzten Wahlperiode wurden bereits richtige Ansätze verfolgt, die es nun bedarfsorientiert weiterzuentwickeln gilt, wie etwa das verstärkte Engagement in Afrika. Dies setzt jedoch, bei aller erforderlichen Abstimmung mit anderen Ressorts, zunächst die Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik voraus. Zugleich wird es noch mehr auf eine Politikkohärenz ankommen. Darüber hinaus sind für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit Ressourcen und angemessene Umsetzungsbedingungen insbesondere für zivilgesellschaftliche Organisationen erforderlich. Die neue Bundesregierung muss sicherstellen, dass sie die seit 1972 bestehende Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfsausgaben aufzuwenden, endlich erfüllt – ohne rechnerische Tricks wie die Einrechnung der Aufwendungen für Geflüchtete in Deutschland.

Angesichts der Breite der Herausforderungen in vielen Entwicklungsländern bedarf es größerer Anstrengungen für nachhaltige Entwicklungsperspektiven. Das betrifft insbesondere den Kampf gegen Hunger, Armut und Ungleichheit. Die aktuellen Zahlen sind trotz Fortschritten in der Vergangenheit alarmierend: Derzeit hungern weltweit 815 Millionen Menschen, Tendenz wieder steigend. Das zeigt umso mehr, wie wichtig es ist, dass Regierungen ihre bereits gemachten Zusagen umsetzen. So steht eine

nachprüfbarer Umsetzung der beim G7-Gipfel 2015 getroffenen Vereinbarung, 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu führen, weiterhin aus. Die ländliche Entwicklung und die Überwindung von Hunger und Armut bis 2030 sollten deshalb weiter einen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bilden. Dazu brauchen wir einen stärkeren Fokus auf die Gruppe der ärmsten und fragilen Länder. Gerade hier bedarf es umfangreicherer Ansätze, als durch wirtschaftliche Investitionen auf die Entfaltung eigener Entwicklungskräfte vor Ort zu hoffen.


Verpflichtungen für Privatwirtschaft

Der Privatwirtschaft wurde durch Initiativen wie dem „Marshallplan mit Afrika“, aber auch beim jüngsten AU-EU-Gipfel in Abidjan eine größere Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit zugesprochen. Nachhaltiges privates Engagement für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit und in Entwicklungsländern ist begrüßenswert. Doch Privatunternehmen müssen ihre Geschäftstätigkeit unter Einhaltung international gültiger Standards ausüben, wie sie in den UN-Leitprinzipien für Wirtschafts- und Menschenrechte festgelegt sind. Angesichts der großen Lücke zwischen dem Einfluss von international tätigen Unternehmen und staatlichen Kontrollmöglichkeiten in EZ-Partnerländern müssen europäische Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet werden, entlang der gesamten Wertschöpfungskette Menschenrechte, Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards verbindlich zu wahren.

Lebensperspektiven vor Ort schaffen!

Die Einkommen von einem Großteil der 2,5 Milliarden Menschen, die von kleinbäuerlicher Landwirtschaft leben, sind so gering, dass viele von ihnen Hunger leiden. Die Wertschöpfung vor Ort muss gestärkt und eine tragfähige Landwirtschaft mit modernen, kostengünstigen und ressourcenschonenden Anbaupraktiken gefördert werden. Darüber hinaus benötigt die Landbevölkerung einen besseren Zugang zu Wasser-, Sanitär- und Gesundheitsversorgung, zu Bildung und sozialen Sicherungssystemen. Die Schaffung von Lebensperspektiven vor Ort ist die erfolgversprechendste „Fluchtursachenbekämpfung“.

Deutschland sollte sich in der EU für eine europäische und internationale Handelspolitik einsetzen, die Entwicklungsländern faire Marktzugänge

ermöglicht. Zugleich sollten Exporte aus Deutschland und der EU den Aufbau von lokalen und regionalen Märkten nicht konterkarieren. Gleichzeitig sind aber auch die Partnerländer stärker in die Pflicht zu nehmen. Ohne handlungsfähige Institutionen vor Ort wird es kaum möglich sein, die enormen Herausforderungen zu bewältigen. Die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine gute Regierungsführung müssen von den Partnern der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit nachdrücklicher eingefordert werden. 

Jan H. Fahlbusch

Geb. 1980, Leiter der Stabsstelle Politik- und Außenbeziehungen der Welthungerhilfe

Jan.Fahlbusch@welthungerhilfe.de



ANZEIGE



AFRICA POSITIVE

Die Brücke zum bunten Kontinent



Unsere Projekte und Integrationsangebote:

- » Beratung und Hilfe
- » Deutschkurse für Erwachsene
- » Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche
- » Interkulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen
- » Kinder- und Jugendarbeit
- » Frauen-Empowerment
- » Medienarbeit und das Magazin „Africa Positive“



Medien- und Integrationsarbeit seit 1998

Africa Positive e.V.
im Fritz-Henßler-Haus
Geschwister-Scholl-Straße 33-37
44135 Dortmund

Tel: +49 (0)231 7978590
E-Mail: info@africa-positive.de
Web: www.africa-positive.de